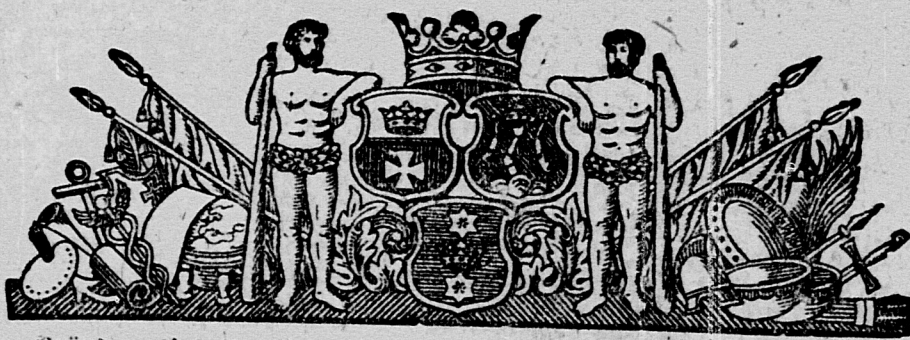


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 M., frei Haus 5,70 M., monatlich 1,75 M., frei Haus 1,90 M. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 M., vierteljährlich 7,50 M.

Verantwortlicher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Neuhner) 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegengenommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg. für Aufräge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 30 Pfg.) Vorzugsanzzeigen 1,50 M. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postfach-Nummer: 141, Königsberg.

Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lüchow 6202/3.)

Der Streit um die Kommandogewalt. Hamburger Widerstände. — Regierungstruppen nach Bremen. — Verhandlungen im Zentralrat.

Wilson's Völkerbundgedanken.

Die Besprechungen der Pariser Friedenskonferenz sind noch nicht weit über allgemeine Vorarbeiten fortgeschritten, und das Wesentlichste, was sich aus den bisherigen Sitzungen erkennen läßt, ist das Bild einer keineswegs so wohlwollenden und einstimmigen Harmonie, wie man sie durch allerlei Einwirkungen auf die Bericht-erstattung den Völkern möglichst lange vorzudeckeln möchte. Dabei ist die große Dissonanz noch gar nicht voll zum Ausdruck gekommen, die sich schon in so manchen Vorzeichen angekündigt hat und ans Licht drängt: der Gegensatz zwischen Wilson und seinem Völkerbundgedanken einerseits und den englischen und französischen Abhängigkeiten andererseits. Nun hat Wilson in einer der letzten Sitzungen der Friedenskonferenz eine große Rede gehalten, die wohl den Anstoß geben wird, zur Aufnahme der Kampfstellung zwischen den beiden Parteien. Wilson sagte in seiner Rede:

Das Unternehmen der Nationen für den Frieden und die Gerechtigkeit muß für die Dauer sein. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten daran weniger interessiert als die anderen hier versammelten Nationen, da es bei ihnen weniger als bei den vielen anderen Nationen wahrscheinlich ist, daß sie unter feindlichen Angriffen leiden werden. Der Eifer der Vereinigten Staaten entspringt nicht Furcht und Argwohn, sondern ihren Idealen. Die Vereinigten Staaten würden das Gefühl haben, nicht an der Garantie für diese europäischen Regelungen teilnehmen zu können, wenn diese Garantie nicht die dauernde Überwachung des Weltfriedens durch die assoziierten Nationen der Welt einschließt. Daher müssen wir den Völkerbund zu einer Lebensfrage machen, nicht zu einer formalen Angelegenheit, nicht zu einer Gelegenheitsfrage, einem Ding das nur manchmal ins Leben gerufen wird, um dringenden Anforderungen zu genügen, sondern zu einem Wesen, das alle Zeit tätig ist, um die Interessen der Nationen zu überwachen, und dessen Fortbestehen notwendig ist. Es soll das Auge der Nationen sein, das über die gemeinsamen Interessen wacht. Wenn wir es nicht zu etwas machen, das dem Leben dient, was würden wir dann tun? Wir werden dann die Erwartungen der Völker enttäuschen. Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit, das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes, ihm Genüge tun, heißt nicht nur das Vertrauen, das man in uns gesetzt hat, rechtfertigen, sondern auch den Frieden errichten. Wenn man ihnen nicht Genüge tut, wird keine Abmachung, die man trifft, den Frieden der Welt begründen oder festigen. Ich glaube, meine Herren, Sie können sich die Gefühle und Absichten der Vertreter der Vereinigten Staaten, mit denen Sie diesen großen Plan für den Völkerbund unterstützen, vorstellen. Wir betrachten ihn als den Grundstein des ganzen Programms, in dem unsere Absichten, unser Ideal in diesem Krieg zum Ausdruck gelangen, und als etwas, was die assoziierten Nationen als Grundlage für die Regelungen angenommen haben. Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren würden, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgegeben zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Spott unserer Mitbürger zuziehen, denn sie bilden eine große demokratische Gemeinde, sie erwarten, daß ihre Führer ihre Gedanken ausdrücken und nicht ihre eigenen Privatziele verfolgen, sie erwarten, daß ihre Vertreter ihre Diener sind. Wir haben keine andere Wahl, als ihrem Auftrage zu gehorchen. Wir unterziehen uns dieser Aufgabe mit der größten Begeisterung und Freude, und darum, weil es sich um die Grundlage dieses ganzen Hauses handelt, haben wir unser ganzes Denken in seinen Dienst gestellt wie in den jeder Einzelheit des zu errichtenden Hauses. Wir würden es nicht wagen, auch nur einen einzigen Punkt des Programms unserer Instruktionen umzusetzen, wir werden nicht wagen, als Vorkämpfer der Sache des Weltfriedens in irgendeinem Punkte ein Kompromiß zu schließen. In dieser gerechten Haltung, diesem Grundsatze, daß wir nicht die Herren irgendeines Volkes sind, müssen wir darauf sehen, daß jedes Volk der Welt seine eigenen Herren wählen und sein eigenes Schicksal bestimmen soll, nicht wie wir es wünschen, sondern wie es selbst wünscht. Wir sind kurz gesagt, zu dem Zwecke hier, darauf zu halten, daß auch mit den Grundtagen dieses Krieges aufgeräumt wird, jene Grundtagen, die von kleinen Coterien von Herrschern und Militärstäben gelegt worden sind, den Grundtagen des Angriffs großer Mächte auf kleine, des Zusammenhaltens von Reichen mit widerstrebenden Unterthanen durch den Zwang der Waffen, durch die Macht kleiner Körperlichkeiten, die Menschen dazu zwingt, ihren Willen auszuführen, und sich der Menschen bedient, als ob sie Figuren in einem Spiele wären. Nichts Geringeres als die Befreiung der Welt von diesen Dingen wird den Frieden herbeiführen. Sie können daraus erkennen, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten aus diesem Grunde niemals in Verlegenheit darüber gebracht werden, welchen Weg sie als den zweckmäßigsten einschlagen wollen, weil sie für sich unabänderliche Grundsätze festgelegt haben, und diese Grundsätze für eine Regelung wurden Gott sei Dank von allen den hochherzigen Männern angenommen, die mit ihnen, die diesem großen Unternehmen dienen, zu tun hatten. Ich hoffe, daß wir, wenn es, wie ich ausdrücklich erwarte, bekannt wird, daß wir die Grundzüge des Völkerbundes angenommen haben und diese Grundzüge durch eine wirksame Aktion auszuführen beabsichtigen, schon dadurch allein einen großen Teil der Sorgen, die die Herzen der Menschen auf der ganzen Welt bedrücken, entfernt haben werden.

Man muß zugeben, es hört sich alles recht gut und schön an, was Wilson da vorbringt; schade, daß es nur — Worte sind. Denn inzwischen dauern die ungeheuerlichen Vergewaltigungen fort, denen unsere Vertreter in der Waffenstillstandskommission sich fügen müssen, die Blodade dauert fort, die unser durch 4 1/2 Jahre Krieg erschöpftes und ausgelaugtes Volk in schlimmstem

Mangel hält. Wilson rebet. Ob er sich selbst zum besseren Handeln noch Einfluß und Macht zutraut? Es wäre Zeit, daß er Taten zeigte.

Der Kampf um die Kommandogewalt.

W.B. Berlin, 30. Januar. Die „Freiheit“ veröffentlichte ein Telegramm aus Hamburg, die Reichsregierung habe die Bestimmungen des Kriegeministers über die Kommandogewalt und die Soldatenräte für den Bereich des 9. Armee-Korps aufgehoben. Diese Meldung ist erfunden. Bei einer Besprechung mit den Mitgliedern des Zentralrats beim 9. Armee-Korps beantwortete Staatssekretär Köstke die Frage nach Aufhebung der Bestimmungen mit einem kategorischen Nein. Richtig ist lediglich, daß der Altonaer Soldatenrat ebenso wie andere Soldatenräte die Anordnungen der Regierung und des Zentralrats nicht beachten wollen. Die Regierung wird, falls die Weigerung fortbestehen sollte, mit allem Nachdruck auf Innehaltung der Anordnungen zu bestehen wissen.

Der Zentralratskommandant für Fliegertruppen hat ebenfalls gegen die Regelung der Kommandogewalt Protest erhoben und sämtliche unterstellten Fliegerverbände aufgefordert, in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten.

Reichs-Exekution in Bremen.

W.B. Berlin, 30. Januar. Die Reichsregierung hat sich genötigt gesehen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu entsenden. Die ersten Truppenzüge sind bereits bei Bremen eingetroffen. Die Stärke der für sonstige Zwecke bereitgestellten Truppen beträgt infolge des starken Zustroms von Freiwilligen keine Verminderung.

Offiziersstreik in Harburg.

B. D. Hamburg, 30. Januar. Der Kommandeur des schleswig-holsteinischen Pionierbataillons Nr. 9 in Harburg reist mit, daß sich das gesamte aktive Offizierskorps des Bataillons genötigt sieht, infolge der Zumutungen des Harburger Korps-Soldatenrates seine Ämter niederzulegen. Das Offizierskorps beschloß, Harburg zu verlassen, um dem Vaterlande an anderer Stelle zu dienen. (L.-A.)

Die „Rettung der sozialen Revolution“.

Vom Zentralrat der Ostfront geht uns folgende Mitteilung zu: In der vom Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen einberufenen Konferenz am 29. Januar 1919 in Königsberg Pr. ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Der Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen ist der Ansicht, daß sofort dazu geschritten werden muß, den revolutionären Organen, den A. u. S.-Räten keine ihren Vollzugsanschlüssen, eine feste Organisation zu schaffen unter einer Zentralstelle, die als Reichsrat der Vollzugsanschlüsse Deutschlands die oberste Revolutionsbehörde Deutschlands verkörpern würde.“

Der Zentralrat der Ostfront und Ostprovinzen richtet an alle Vollzugsanschlüsse der A. u. S.-Räte Deutschlands den dringenden Appell, zur Rettung der sozialen Revolution sich sofort zu einer solchen Organisation zusammenzuschließen und je einen Delegierten mit weitgehenden Vollmachten zur Konstituierung des genannten Reichs-Vollzugsrates zum Vollzugsausschuß des 10. A. S. nach Hannover zu senden. Der Zentralrat aller deutschen Soldatenräte besteht bekanntlich bereits und ist ihre oberste Stelle. Eine Nebenregierung des vom Ostfront angeregten Vollzugsratsverbandes wird der deutsche Zentralrat gewiß und mit Zug und Recht ablehnen. (D. Schriftl.)

Der Zentralrat gegen den Staatssekretär Dr. Müller.

W.B. Berlin, 30. Januar. Am 28. Januar nahm der Zentralrat einen Vortrag des Staatssekretärs Köstke über die wirtschaftliche Lage entgegen und beriet über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Vollzugsanweisung). Am 29. Januar verabschiedete der Zentralrat die Vorlage über Änderungen der Militärstrafgerichtsordnung und das Gesetz über die Schädlingsschäpfung. Er beschloß ferner über die Erziehung reaktionärer Beamter durch andere vom freiheitlichen Geist durchdrungene Persönlichkeiten mit den Volksbeauftragten Rücksprache zu nehmen. Die Sozialisierungskommission erstattete dem Zentralrat in gemeinsamer Sitzung Bericht. Es wurde festgestellt, daß die Kommission dauernd gegen große Widerstände anzukämpfen hat, deren Beseitigung der Zentralrat für dringend erachtet. Außerdem wurde eine Fülle von Eingängen erledigt.

Gothaer Bewaffnungsfrage.

W.B. Gotha, 29. Januar. Der A. u. S.-Rat Gotha verteilte dieser Tage an die Angehörigen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Waffen, gegen die Deutsche demokratische Partei in einem Telegramm Protest erhob. Dieses Telegramm, das die tiefgehende Beunruhigung der Gothaer Bürgerlichkeit erwähnte und die dringende Bitte um Abhilfe enthielt, wurde von den beiden Zensoren, die der Gothaer Rat der Volksbeauftragten auf dem hiesigen Telegraphenamte eingeseht hat, aufgehoben und später auf Befehl der Gothaer Volksbeauftragten diesen ausgeliefert. Dasselbe Schicksal erfuhr eine ähnliche Protestbescheide der deutschen nationalen Partei. Beide Bescheide wurden jedoch der Regierung auf anderem Wege übermittelt. Die Gerüchte, daß es in Gotha zu Unruhen gekommen sei, bestätigten sich nicht.

Scheidemanns Zuversicht.

B. D. Zürich, 30. Januar. Scheidemann sagte zu dem Berliner Vertreter des „Matin“, er begreife sehr wohl, daß das Ausland die Ereignisse in Deutschland mit einer gewissen Unruhe betrachte und fürchte, daß wir nur schwer die Schwierigkeiten überwinden werden, vor die uns der Krieg und die Beendigung der Feindseligkeiten gestellt haben. Aber man könne versichert sein, daß das deutsche Volk die schwerste Krise überstanden hat und daß es Mittel finden wird, seine Fehler wieder gutzumachen. Es wird weiterarbeiten. Die Arbeit wird unsere Antwort sein auf die Unglücksfälle, die uns angefallen sind. Die Streikfahrt wird bald überwunden sein. Den Satz über die Wiedergutmachung hebt der „Matin“ durch Sperrdruck hervor. (L.-A.)

Berlin, 30. Januar. Wie der „Vorwärts“ hervorhebt, stürzte der eingetretene Frost leider den Kohlentransport von Oberschlesien erheblich. Die Kohlennot erscheint dadurch vergrößert.

Die Wirren in Bremen-Wilhelmshaven.

B. D. Bremen, 30. Januar. Der Lehrer Börn, der in Bremen und in Wilhelmshaven die Putschversuche der Spartakusleute geleitet hatte, wurde in Wilhelmshaven von Soldaten des Seebataillons verhaftet. Er hatte sich als Matrose verkleidet.

In Wilhelmshaven ist eine vorläufige Einigung der kämpfenden Parteien erzielt worden. Allerdings wird sie nicht von Dauer sein, da die Bürger verlangen, ebenso wie die Arbeiter bewaffnet zu werden. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat soll bestehen bleiben und am Sonntag eine Neuwahl erfolgen. Während der vergangenen Nacht herrschte Ruhe, das Leben geht heute den gewohnten Gang. Die städtischen Beamten befinden sich im Ausstand, um die Errichtung einer Bürgerwehr durchzuführen. (L.-A.)

Offensivbündnis zwischen Spartakisten und Bolschewikern.

B. D. Von der Schweizer Grenze, 30. Januar. „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg: Im Sowjet machte der Bolschewik von Petersburg bekannt, daß zwischen der Sowjetregierung und den Spartakusanhängern in Deutschland ein formelles Offensivbündnis abgeschlossen worden sei. Außer Kappel seien immer noch einige hervorragende Sowjetvertreter auf deutschem Boden. (L.-A.)

Erfolge gegen die Bolschewikern.

W.B. Lissau, 30. Januar. „Das Memeler Dampfboot“ meldet: Die Lage in Kurland hat sich in den letzten Tagen gebessert. Die Bolschewikern wurden in mehreren Zusammenstößen über den Windausfluß zurückgeworfen. Gestern wurde Schützen, an der Winda, nach heftiger Gegenwehr von deutschen Truppen und kaiserlicher Landwehr gestürmt. In entfernteren Landkreisen herrscht der Terror der örtlichen Bolschewikern. Reichsgeldlose Gutbesitzer und Pastoren sind vertrieben und teilweise ermordet worden.

Brest-Litowsk von den Bolschewikern besetzt?

B. D. Wien, 30. Januar. Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Brest: Dem „Intelligenblatt“ zufolge haben die Bolschewikern Brest-Litowsk besetzt.

Die Bedingungen der Sowjet-Regierung.

W.B. Amsterdam, 30. Januar. Nach einem hiesigen Blatt melden die „Times“ aus Washington, daß Anzeichen dafür vorhanden seien, daß der Zentralrat in Moskau bereit ist, mit der Entente über den Frieden zu verhandeln, aber unter der Bedingung, daß die anderen russischen Regierungen, die die Bolschewikern als vorläufige durch die Militärbehörden der Entente angestellte Verwaltungsborgane betrachten, nicht an den Verhandlungen teilnehmen dürfen. Man erwartet auch, daß die bolschewistische Regierung die Zurückziehung der Ententetruppen von der Front bei Archangelst und in Sibiren verlangen wird.

Widerlegte estnische Behauptungen.

W.B. Berlin, 29. Januar. Der „Temp“ bringt auf Grund einer Unterhaltung mit dem estnischen Minister des Auswärtigen, Roska, die Meldung, daß die deutschen Truppen von der roten Armee zurückgeworfen seien und die deutschen Behörden systematisch die Bewaffnung der estnischen Armee verhindert hätten, indem sie das nachstehende Geeresgut entweder zerstörten oder an die Bolschewikern veräußerten, sowie daß die estnische Regierung ohne Geld sei, da sie von den Deutschen ihrer einzigen Anbelagerung beraubt worden wäre.

Gegenüber dieser Meldung muß festgestellt werden, daß Herr Roska sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes im Namen der neu gebildeten estnischen Regierung der deutschen Verwaltung erklärte, daß die deutschen Truppen Estland sofort zu verlassen hätten. Da gleichzeitig der Ankauf von Lebensmitteln für die deutschen Truppen von den Esten verhindert wurde, mußte sofort mit der Räumung Estlands begonnen werden. Die Absicht der deutschen Behörde, die Bewaffnung der in der Bildung begriffenen estnischen Truppen durchzuführen, konnte nur zum Teil ausgeführt werden, da die einheimische Bevölkerung die gelieferten Waffen vielfach zu Feindseligkeiten gegen die deutschen Truppen benutzte. Es trifft auch nicht zu, daß die deutschen Behörden Waffen an die Bolschewikern veräußerten und die estnische Regierung ihrer Anbelagerung beraubt haben. Im Gegenteil erhielt die estnische Regierung beträchtliche Mengen Geeresgut, wie auch bedeutende Geldmittel von den deutschen Behörden.